



Punkt 14 der öffentlichen Sitzung am 07. Juni 2011

Vorlagen-Nr. 10-F-29-0001

Humanitäre Sprechstunde

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2010 -

Vorbemerkung:

Für Menschen, die ohne Aufenthaltstatus in Wiesbaden leben, ist der Zugang zur medizinischen Grund- beziehungsweise Notfallversorgung in der Regel versperrt. Sie sind durch (unklare) Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland ganz oder teilweise von medizinischer Versorgung ausgeschlossen. Um diese Versorgungslücke zu schließen, ist ein niederschwelliges medizinisches Angebot zu entwickeln und auf den Weg zu bringen. Das Konzept einer humanitären Sprechstunde greift diese Problematik auf und bietet Gesundheitshilfen für Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten in unsicheren Lebenslagen an. Im Sinne einer präventiv-medizinischen Versorgung ist zudem ein Angebot zu etablieren, das Schutzimpfungen für Kinder ohne Pass ermöglicht.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Einrichtung einer humanitären Sprechstunde in der Landeshauptstadt Wiesbaden.
2. Der Magistrat wird gebeten, ein entsprechendes Konzept für eine humanitäre Sprechstunde zu entwickeln und einen Kostenrahmen zu beziffern. Dabei ist der Aspekt Schutzimpfungen für Kinder ohne Pass und deren Finanzierung zu berücksichtigen. Die Ergebnisse sind den parlamentarischen Gremien bis zum Jahresende 2010 vorzulegen.

Beschluss Nr. 0043

Der Bericht von Frau Stadträtin Zeimetz und Herrn Burgmeier (Amt für Zuwanderung und Integration) wird zur Kenntnis genommen, wonach

- der Auftrag der Stadtverordnetenversammlung vom Oktober 2010 umgesetzt und vor rund 2 Wochen der Startschuss zur Humanitären Sprechstunde gegeben werden konnte,
- allg. medizinische Versorgung, Zahnversorgung, Schwangerenbetreuung und medizinische Versorgung von Säuglingen und Kindern angeboten werden kann,
- die Versorgung zum Einen in der Teestube stattfindet und die Betreuung der Schwangeren bei Pro Familia angeboten wird,
- die gesamte medizinische Betreuung im Jahr rd. 35.000 € kosten wird,
- die Finanzierung für 2011 gesichert ist, aber das Projekt für 2012/2013 bei den Haushaltsberatungen Berücksichtigung finden muss.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2011

Spallek
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .06.2011

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2011

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister